



## Niederschrift

### 2. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 16.12.2008
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 1.077

---

#### Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	Teilnahme für Herrn Wollenberg
Herr Klamke, Volker	SPD	
Frau Dr. Orłowski, Manja	SPD	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	Teilnahme bis 19:15 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FDP/Familienpartei	
Frau Benirschke, Eva	Grüne/B90	
Herr Engels, Florian	SPD	Teilnahme bis 19:35 Uhr
Herr Lücke, Kevin	FDP/FP	
Frau Michalske-Acioglu, Anke	SPD	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	
Frau Weishaupt, Manuela	CDU/ANW	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Wollenberg, Stefan	DIE LINKE	Entschuldigt
Herr Prinz-Schubert, Frank	Die Andere	Unentschuldigt
Herr Stolpe, Sven	DIE LINKE	Unentschuldigt

Frau Wildgrube, Gudrun                      Schriftführerin

#### Gäste

Frau Fischer, Gabriele	Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport
Frau Ewers, Josefine	FBL Schule und Sport
Frau Lehmann, Carmen	FB Schule und Sport
Frau Henning, Kerstin	FB Schule und Sport
Herr Richter, Bernd	Werksleiter KIS
Frau Frevert, Angela	Kreisschulbeirat
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat
Frau Dahms, Ellen	Schulleiterin Schule am Griebnitzsee
Herr Pfennig, Peter	Elternvertreter Schule am Griebnitzsee
Herr Dr. Dückers, Wilhelm	Elternvertreter Schule am Griebnitzsee
Herr Sima, Roland	Elternvertreter Schule am Griebnitzsee
Herr Schneider, Gerald	Schulleiter Grundschule am Pappelhain
Herr Rudolph, Bernd	Schulleiter Goethe-Schule
Frau Dr. Herzel, Gabriele	DIE LINKE
Herr Utting, Brain	FDP/Familienpartei
Herr Rosig, Sven	MAZ

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 20.11.2008
- 1.1 Brandschutzsituation an Potsdamer Schulen
- 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 2.1 Einheitliche bauliche- und Ausstattungsstandards für Schulen, KITAs und Horte  
Vorlage: 08/SVV/0712  
Fraktion CDU
- 2.2 Kleinteilige Maßnahmen an Schulen  
Vorlage: 08/SVV/0919  
Fraktion PDS
- 2.3 Kostenloses Schulessen  
Vorlage: 08/SVV/0923  
Fraktion DIE LINKE
- 2.4 Stelle Hochschulbeauftragte/r der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 08/SVV/1004  
Fraktion DIE LINKE
- 2.5 Arbeitszeit Schulsekretärinnen  
Vorlage: 08/SVV/1010  
Fraktion DIE LINKE
- 2.6 Weiterführende Gesamtschule für den Potsdamer Norden  
Vorlage: 08/SVV/1052  
Fraktion FDP/Familienpartei, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
- 2.7 Konzept für die Errichtung von Aulen  
Mitteilungsvorlage: 08/SVV/1089  
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1 Entwicklung Schulstandort Beethoven- und Goetheschule - Sachstand bzgl. Beschluss zu 08/SVV0611
- 3.2 Karl-Foerster-Schule  
Brief der Schulkonferenz vom 30.09.2008
- 3.3 Information - Anträge Schulen in freier Trägerschaft
- 4 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 20.11.2008**

Zu Beginn der Sitzung sind 7 Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschussvorsitzende stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Niederschrift der Sitzung vom 20.11.2008. Das Protokoll wird so bestätigt.

**Herr Menzel** bittet darum, einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt zur Brandschutzsituation an Potsdamer Schulen aufzunehmen.

**Frau Drohla** bittet um Aufnahme eines Tagesordnungspunktes zur Situation an der Schule am Griebnitzsee und beantragt Rederecht für Herrn Schneider, Schulleiter der Grundschule am Pappelhain, zu TOP 2.5.

Da zu diesen Tagesordnungspunkten Gäste anwesend sind, verständigen sich die Ausschussmitglieder dazu, die Problematik zusammenzufassen und einen TOP 1.1 „Brandschutz an Potsdamer Schulen“ aufzunehmen.

**Frau Schulze** fordert zu berichten, welche neuen Erkenntnisse es bezüglich Brandschutz gibt.

**Frau Dr. Orlowski** bekräftigt, dass das Thema alle Parteien beschäftige.

**Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig, für eine gegenüber der Einladung geänderte Tagesordnung, aus.**

Dem Rederecht für Herrn Schneider wird einstimmig zugestimmt.

**Herr Klamke** beantragt Rederecht für Frau Dahms, Schulleiterin der Grundschule am Griebnitzsee zu TOP 1.1.

**Herr Schröder** liegt ein Antrag auf Rederecht von Herrn Rudolph, Schulleiter der Goethe-Schule, zu TOP 3.1 vor.

Die Rederechte für Frau Dahms und Herrn Rudolph werden einstimmig beschlossen.

**Beschlusstext:**

**Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 20.11.2008 in der vorliegenden Fassung zu.**

**Abstimmungsergebnis: Keine Gegenstimmen**

#### **zu 1.1 Brandschutzsituation an Potsdamer Schulen**

Den Ausschussmitgliedern liegt das Schreiben der Schulkonferenz der Schule am Griebnitzsee vom 12.12.2008 vor.

**Herr Schröder** erklärt, dass es durch geänderte Rechtsgrundlagen für den Brandschutz zu Problemen bei Typ Erfurt Schulen komme. Daraus resultiere die Schließung von Kopfräumen an Schulen. Die Stadtverordneten haben ein Sofortpaket von 2,4 Mio. € beschlossen, um den 1. Rettungsweg an betroffenen Schulen herzustellen. Weitere Gelder seien mit Priorität 2009 vorgesehen und sollen mit dem Haushalt 2009 beschlossen werden.

**Herr Richter** ergänzt, dass in Bezug auf die Weidenhof-Grundschule bestimmte Kreditermächtigungen notwendig würden. Die Maßnahme 1. Rettungsweg werde zur Zeit in Angriff genommen. Erste Maßnahmen werden in den Winterferien ab-

geschlossen sein. Insgesamt seien 13 Schulen betroffen. Mit dem Entwurf des Wirtschaftsplanes KIS 2009 werde man für 2010 8 Mio. € und für 2011 4 Mio. € vorsehen. Derzeit erfolge die Abstimmung mit der Bauaufsicht darüber, wie die Maßnahmen für 2010 und 2011 auf die einzelnen Objekte aufzuteilen seien. An den Schulen, an denen 2009 der 1. Rettungsweg realisiert werde, soll 2010 der 2. Rettungsweg vorgesehen werden. Zur Zeit hätten Grundschulen äußerste Priorität. Ab 2010 würden auch weiterführende Schulen in Angriff genommen. Derzeit liefen dazu die Abstimmungen. Das Konzept werde mit dem Haushaltsplan vorgestellt.

**Frau Dahms** zeigt sich überrascht. Bisher sei die Schule am Griebnitzsee aus jeder Investitionsplanung herausgenommen worden, weil es für das Gebäude eine Verkaufabsicht gäbe. Deshalb sehe die Schule keine Perspektive. In der letzten Woche habe die Schule von der Bauaufsicht die Nutzungsuntersagung von Räumen erhalten. Es fehlten insgesamt 6 Räume, was ein großes Problem darstelle.

**Herr Richter** informiert, dass in der beschlossenen Investitionsplanung für die Schule am Griebnitzsee 720 T€ enthalten seien. 2008 wurden im Zusammenhang mit der Hortnutzung für 160 T€ Brandschutzmaßnahmen realisiert. 2009 sei die Schule im Wirtschaftsplan KIS enthalten. Über den Stand der Ausschreibung werde der KIS im Januar 2009 in der Stadtverordnetenversammlung und im Hauptausschuss informieren. Man werde sicherstellen, dass brandschutztechnische Sanierung und die sanitärseitige Sanierung in den nächsten Jahren fortgeschritten werde.

**Frau Dr. Orlowski** fragt nach, in welchem Jahr die 720 T€ zum Einsatz kämen und wie Ersatz für die geschlossenen Räume geschaffen werde.

**Herr Richter** erklärt, dass für 2009 120 T€, für 2010 200 T€ und für 2011 400 T€ vorgesehen seien. Er erläutert welche Maßnahmen vorgesehen seien, um das Raumproblem an der Schule am Griebnitzsee zu lösen. Es sei noch ein Raum vakant.

**Frau Ewers** ergänzt, dass man sich bei einem Vor-Ort-Termin am 18.12.2008 dazu verständigen werde.

**Herr Richter** informiert, dass auch im Gespräch sei, Räume in der Nachbarschule zu nutzen.

**Frau Dr. Orlowski** fragt, ob ein geordneter Schulbetrieb möglich sei.

**Frau Dahms** erklärt, dass die Grundsätze der Raumverteilung basierend auf den Festlegungen des Schulgesetzes durch die Schulkonferenz beschlossen würden. Zwei Räume könnten nutzbar gemacht werden. Die Verlegung des Lehrerzimmers werde passieren. Es müsse noch für eine Klasse ein Raum gefunden werden.

**Frau Fischer** schlägt vor, den Vor-Ort-Termin am 18.12.2008 abzuwarten und in der Januarsitzung über das Ergebnis zu berichten.

**Herr Menzel** bring seine Beunruhigung über die Situation zum Ausdruck.

**Frau Dr. Orlowski** möchte wissen, ob neben den 13 Schulen noch mit weiteren Sperrungen zu rechnen sei.

**Herr Menzel** möchte eine schriftliche Darstellung der Problematik und eine namentliche Aufstellung der Schulen..

**Frau Drohla** bittet um eine schriftliche Mitteilung darüber, wie die Orientierung aussehe, damit man informiert sei, wenn Eltern an die Stadtverordneten herantreten.

**Herr Schröder** verweist auf die Kleine Anfrage von Frau Drohla und darauf, dass Herr Richter im Januar informieren wolle. Man solle der Verwaltung bis dahin Zeit geben.

**Herr Richter** informiert, dass Brandschutz grundsätzlich alle Schulbauten betrifft, die vor 1990 errichtet wurden. Wirklich bekannt sei das Problem seit 1999, als neue Baurichtlinien eingeführt wurden. Es galt zunächst Bestandsschutz, aber bei Sonderbauten sei die Bauaufsicht berechtigt, Nachforderungen zu stellen. Damit habe man es jetzt zu tun, weil sich die Anforderungen an den Brandschutz weiterentwickelt haben. Es werde auch für laufende Sanierungen immer wieder Nachforderungen zum Brandschutz geben, die zu erfüllen seien. Die Stadtverordneten wurden im Jahr 2006 mit der Vorlage Sanierungstau darüber informiert. Diese war die Grundlage für die Prioritätensetzung der mittelfristigen Planung.

**Frau Dr. Orlowski** fragt, ob mit weiteren Sperrungen zu rechnen sei.

**Herr Richter** bejaht und erklärt, dass man dazu mit der Bauaufsicht im Gespräch sei.

**Herr Menzel** meint, man müsse jetzt mit allen Schulen darüber sprechen.

**Herr Schröder** verweist darauf, dass die Verwaltung mit den Schulen im Gespräch sei. Er bittet darum, zwischen Zuständigkeiten des Bauausschusses und des Bildungsausschusses zu trennen. Die bauliche Sanierung gehöre in den Bauausschuss. Er schlägt vor, dem Vorschlag zu folgen und den Tagesordnungspunkt im Januar zu behandeln.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport verständigt sich dazu, den Vor-Ort-Termin am 18.12.2008 abzuwarten und im Januar über das Ergebnis zu berichten.**

**Abstimmungsergebnis: Keine Gegenstimmen**

**zu 2** **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**  
**zu 2.1** **Einheitliche bauliche- und Ausstattungsstandards für Schulen, KITAs und Horte**

**Vorlage: 08/SVV/0712**

**Herr Schröder** bringt den Antrag ein.

**Frau Drohla** verweist auf den **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**, wonach das Wort „**einzuführen**“ durch „**zu sichern**“ zu ergänzen sei.

**Dr. Steinicke** verweist darauf, dass das Wort „**einheitlich**“ im Antragstext auch ein Synonym für „**uniform**“ sein könnte. Aus der Begründung sei bei ihm Misstrauen dahingehend entstanden, dass das Ziel in der Einsparung ökonomischer Mittel und nicht in der Verbesserung der pädagogischen Standards bestehe.

**Frau Schulze** verweist darauf, dass der Antrag im Jugendhilfeausschuss abgelehnt worden sei.

**Herr Schröder** erklärt, dass es nicht um Einsparung gehe, sondern darum, Mittel effizienter einzusetzen und die Standards der Grundausrüstung zu erhöhen.

**Herr Richter** informiert, dass der KIS in regelmäßiger Diskussion mit dem Fachbereich Schule und Sport und den Schulen darüber sei, was angemessene Bedarfssituationen für die Schulen seien. Er würde es begrüßen, in Abstimmung zwischen Schule, Fachbereich Schule und Sport und Jugendamt zu gemeinsamen Festlegungen zu kommen und Standards zu definieren.

**Frau Fischer** verweist auf die Behandlung der „Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen“ in der Stadtverordnetenversammlung am 03.12.2008. Darin seien bestimmte Standards enthalten.

**Herr Richter** stimmt ,die bauliche Seite betreffend, zu. Zum Raumprogramm gäbe es die Raumprogrammempfehlungen des MBS.

**Frau Schulze** hält die Umsetzung einer Einheitlichkeit für schwierig. Entsprechend des pädagogischen Konzeptes müssten mit allen Schulen Gespräche darüber geführt werden, was die Grundbedürfnisse sein könnten.

**Herr Schröder** informiert, dass der Antrag nicht darauf ziele, was man im Unterricht machen könne. Für einzelne Schultypen Standards zu definieren und umzusetzen habe mit dem Bildungsinhalt nichts zu tun. Die Ausstattung sollte der Grundausrüstung entsprechen. Es gehe darum, wie die Kommune effizient die Mittel für Sanierung einsetzen könne. Hinsichtlich der Grundausrüstung müsse man darüber nachdenken, was für die Profilierung der einzelnen Schulen sinnvoll sei. Er schlägt vor, den Termin für den Sachstandsbericht auf April 2009 zu ändern.

**Herr Menzel** merkt an, dass er dem Antrag auf Grund des letzten Satzes in der Begründung nicht zustimmen könne.

**Herr Schröder** erklärt, dass der Antrag, nicht die Begründung beschlossen werde.

**Beschlusstext:**

**Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, einheitliche bauliche- und Ausstattungsstandards für Schulen, Kita's und Horte zu sichern.**

**Ein aktueller Sachstandsbericht ist in der April-Sitzung 09 der Stadtverordnetenversammlung zu erbringen.**

**Abstimmungsergebnis:**

<b>Zustimmung:</b>	<b>3</b>
<b>Ablehnung:</b>	<b>2</b>
<b>Stimmenthaltung:</b>	<b>2</b>

**zu 2.2 Kleinteilige Maßnahmen an Schulen**

**Vorlage: 08/SVV/0919**

**Herr Schröder** erklärt, dass es ein haushaltsbegleitender Antrag sein soll. Für den Geschäftsbereich 2 solle eine Position „Kleinteilige Maßnahmen“ eingerichtet und eine Summe von 50 T€ pro Jahr eingestellt werden. Er schlägt vor, den An-

trag bis zur Beschlussfassung zum Haushalt zurückzustellen.

**Frau Schulze** verweist darauf, dass die antragseinbringende Fraktion die Möglichkeit erhalten sollte, den Antrag einzubringen.

**Herr Menzel** fragt, wie die Finanzierung bisher erfolgt sei.

**Frau Drohla** informiert, dass es für Kitas diese Position gäbe und für Schulen nicht.

**Herr Richter** erklärt, dass man in der Vergangenheit jongliert habe. Eine variable Position mache eine planmäßigere Arbeit möglich.

**Herr Schröder** möchte die Abstimmung des Antrages zurückstellen.

**Frau Drohla** besteht auf Abstimmung des Antrages.

**Beschlusstext:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Entwurf des Haushaltsplanes für 2009 eine Position „Kleinteilige Maßnahmen an und in Schulgebäuden“ aufzunehmen.**

**Abstimmungsergebnis:**

<b>Zustimmung:</b>	<b>5</b>
<b>Ablehnung:</b>	<b>0</b>
<b>Stimmenthaltung:</b>	<b>2</b>

**zu 2.3**

**Kostenloses Schulessen**

**Vorlage: 08/SVV/0923**

**Frau Schulze** erläutert den Antrag und verweist auf die Diskussion zur Mitteilungsvorlage der Verwaltung in der Stadtverordnetenversammlung. Parallel dazu finde das Monitoring durch die AWO statt. Mit dem Haushalt 2009 sollten die Mittel für die Einführung des kostenlosen Schüleressens bereitgestellt werden.

**Frau Fischer** verweist auf die Beschlusslage, dass das Monitoring durchgeführt wird. Im März 2009 solle das Ergebnis vorgestellt werden. Sie empfiehlt das Ergebnis des Monitorings abzuwarten.

**Frau Drohla** ergänzt, dass die erste Elternbefragung abgeschlossen sei. Im Laufe der Sommerferien und nach den Herbstferien habe es einen Anstieg der Essenteilnehmer gegeben. In den Schulen sei das Verfahren noch nicht so angekommen, wie es beschlossen wurde.

**Frau Ewers** verweist darauf, dass im November 46 Schulen Schüler gemeldet hätten. Nur drei freie Schulen hätten keine Meldung abgegeben. Deshalb könne man davon ausgehen, dass Schulen vom Verfahren Kenntnis hätten.

**Frau Dr. Orlowski** möchte das Ergebnis des Monitorings abwarten.

**Frau Ewers** verweist darauf, dass man das Ergebnis der zweiten Umfrageaktion einbeziehen werde.

**Frau Schulze** erklärt, es gehe darum Vorsorge zu treffen. Die Ergebnisse des Monitorings kämen vielleicht erst, wenn der Haushalt schon beschlossen sei. Es

solle darauf hingewirkt werden, dass die entsprechende Summe in den Haushalt eingestellt wird.

**Herr Menzel** geht davon aus, dass die Verwaltung die Mittel auf Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung sowieso einstellt. Er könne die Notwendigkeit des Antrages nicht verstehen.

**Frau Fischer** verweist darauf, dass es eine entsprechende Beschlusslage und eine Satzung gäbe. Der Planansatz 2009 sei nach den Erfahrungswerten dieses Jahres erfolgt. Sie bittet darum, die Ergebnisse des Monitorings abzuwarten.

**Herr Schröder** lässt den Antrag abstimmen.

**Beschlusstext:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Entwurf des Haushaltsplanes für 2009 die notwendigen Mittel für die Einführung eines kostenlosen Schulessens für sozial bedürftige Schülerinnen und Schüler ab dem Schuljahr 2009/2010 einzustellen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Zustimmung:** 2

**Ablehnung:** 4

**Stimmenthaltung:** 1

**Der Antrag ist abgelehnt.**

**zu 2.4**

**Stelle Hochschulbeauftragte/r der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 08/SVV/1004**

**Frau Drohla** bringt den Antrag ein und verweist auf die Antragsbegründung.

**Herr Schröder** hält den Grundgedanken für berechtigt. Ihn sei jedoch bekannt, dass es eine entsprechende Stelle gäbe.

**Frau Fischer** ergänzt, dass sie mit Frau Dr. Sommer, Bereichsleiterin Marketing/Kommunikation, gesprochen habe. Es gäbe eine Stelle Wissenschaftsbeauftragte, die in Zusammenarbeit mit Pro Wissen die Aufgabe übernehme und mit einer Mitarbeiterin besetzt sei. Dem Anliegen des Antrages sei bereits entsprochen.

**Herr Lücke** sieht aus der Erfahrung in seiner Studienzeit keine Notwendigkeit eine entsprechende Stelle einzurichten.

**Frau Dr. Orłowski** interessiert, was diese Beauftragte tut. Wenn es um Wissenschaft und Forschung gehe, seien auch die Institute in Golm einzubeziehen.

**Frau Schulze** glaubt, dass die Stelle Wissenschaftsbeauftragte unter dem Ansatz gebildet wurde, dass Potsdam Stadt der Wissenschaft werden wollte. Mit dem Antrag solle eine Vernetzung zwischen der Stadtverwaltung und den Hochschulen erreicht werden, weil Studierende mit Problemen zur Zeit bei Parteien und Fraktionen vorsprechen. Ein Ansprechpartner in der Stadtverwaltung wäre der kürzere Weg. Wenn die Besetzung der Stelle bis zum 1. März 2009 nicht möglich sei, könne der Termin bis Juni 2009 nach hinten verlegt werden. Sie möchte den Antrag bis zur Januarsitzung des Ausschusses für Bildung und Sport zurückstellen, um Hintergrundinformationen einzuholen.

**Dr. Steinicke** stellt den **Geschäftsordnungsantrag**, zur Berichterstattung im Januar die Wissenschaftsbeauftragte einzuladen.



**Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages:****Zustimmung: 2****Ablehnung: 0****Stimmenthaltung: 5      Der Geschäftsordnungsantrag ist angenommen.**

**Zur Sitzung am 20.01.2009 ist die Mitarbeiterin für WissenschaftsPR zur Berichterstattung einzuladen.**

**zu 2.5      Arbeitszeit Schulsekretärinnen****Vorlage: 08/SVV/1010**

**Frau Drohla** führt an Beispielen aus, dass Sekretärinnen an Schulen nur unregelmäßig zu erreichen seien. Das entspreche nicht mehr den tatsächlichen Notwendigkeiten.

**Herr Schneider**, Schulleiter der Grundschule am Pappelhain, erhält Rederecht. Seine Ausführungen beziehen sich auf das Schreiben der Schule vom 17.10.2008, welches alle Ausschussmitglieder erhalten haben. Er fordert, dass das Schulsekretariat täglich mindestens im pädagogischen Kernzeitraum von 8:00 – 13:00 Uhr besetzt sein sollte.

**Frau Fischer** erklärt, dass vor drei Jahren, anhand der Aufzeichnungen der Schulsekretärinnen und qualifizierter Zeitschätzungen, die erforderlichen Wochenstunden ermittelt wurden. Aufgaben, die durch das Staatliche Schulamt und das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport den Schulen übertragen werden, sowie schulinhaltliche Aufgaben, z.B. Ganztagsbetrieb, Notfälle u.a., fallen nicht in das Aufgabengebiet der Schulsekretärin. Man sollte sich des Problems jedoch annehmen und es evaluieren. Jedoch könne man nicht alle Aufgaben, die an Schulen herangetragen werden, auf die Schulsekretärin übertragen. Um dem Antrag zu entsprechen, müssten entsprechende finanzielle Mittel eingestellt werden. Mit den Schulen sollten bestehende Möglichkeiten aufgearbeitet werden. Ein Zwischenbericht im Januar 2009 vorzulegen, sei zu früh.

**Frau Drohla** schlägt vor, den Zwischenbericht im April 2009 vorzulegen.

**Frau Frevert** erklärt, dass sich auch der Kreisschulbeirat mit dem Problem beschäftigen werde. Lehrer hätten das gleiche Problem. Sie möchte es auch nicht auf Grundschulen beschränken.

**Herr Schröder** meint, man könne dem Antrag zustimmen und diskutieren, wenn die Vorlage der Verwaltung vorliege.

**Frau Dr. Orłowski** spricht sich dafür aus, im Bildungsausschuss das Aufgabenprofil der Schulsekretärin, die Übersicht der Besetzung der Schulsekretariate und Schulträgerangelegenheiten insgesamt, auch Hausmeister, zu beraten und bittet um Bereitstellung der entsprechenden Unterlagen durch die Verwaltung.

**Frau Fischer** schlägt vor, den Antrag in die Januarsitzung zu vertagen und dann Hintergrundinformationen zu geben.

**Frau Drohla** stellt den Antrag, im Namen des Antragstellers, bis zur Januarsitzung 2009 zurück.

**zu 2.6      Weiterführende Gesamtschule für den Potsdamer Norden****Vorlage: 08/SVV/1052**

**Herr Gohlke** bringt den Antrag ein. Ziel des Antrages sei es, in Richtung Schulentwicklungsplanung zu denken.

**Frau Fischer** verweist darauf, dass das Anliegen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung bedacht werde. Sie schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und mit der Diskussion zur Schulentwicklungsplanung zu verknüpfen. Die Schulentwicklungsplanung solle am 28. Januar 2009 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

**Herr Gohlke** möchte den Antrag nicht als erledigt betrachten, sondern im Geschäftsgang belassen.

**Herr Schröder** schlägt vor, den Antrag bis zur Märzsitzung des Bildungsausschusses zurückzustellen.

**Frau Schulze** verweist auf die Beachtung des B-Planes.

**Frau Drohla** fragt nach, inwieweit der Entwicklungsträger in die Pflicht genommen werden könne, im B-Plan Kita's und Schulen zu berücksichtigen.

**Herr Schröder** verweist darauf, dass diese in der grundsätzlichen Planung enthalten seien. Zwingend umzusetzen sei das nur über eine städtebauliche Planung.

Die Behandlung der DS 08/SVV/1052 wird bis zur Märzsitzung des Ausschusses für Bildung und Sport zurückgestellt und im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung wieder aufgenommen.

**zu 2.7 Konzept für die Errichtung von Aulen  
Mitteilungsvorlage: 08/SVV/1089**

**Frau Fischer** bringt die Vorlage ein. Angesichts der Sachlage bei Brandschutz und Sanitäranlagen empfiehlt sie die Aulen nicht prioritär zu betrachten.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder zu den Schulstandorten Lenné Gesamtschule und Campus Am Stern an, die durch Frau Ewers beantwortet werden.

**Die Ausschussmitglieder nehmen die DS 08/SVV/1089 zur Kenntnis.**

**zu 3 Mitteilungen der Verwaltung  
zu 3.1 Entwicklung Schulstandort Beethoven- und Goetheschule - Sachstand  
bzgl. Beschluss zu 08/SVV0611**

**Frau Ewers** informiert, dass es baulich am Schulstandort der Goethe-Schule noch viel zu tun gäbe. Dafür seien mittelfristig Gelder eingestellt. Wichtig sei, wie es schulinhaltlich weitergehe. Der Presse war zu entnehmen, wie die Entwicklung aussehen könne. Voraussetzungen für eine positive Entwicklung werde man in der nächsten Zeit schaffen.

**Herr Rudolph** ergänzt, dass man mit den baulichen Voraussetzungen gut zu inhaltlichen Dingen übergehen könne.

**zu 3.2 Karl-Foerster-Schule  
Brief der Schulkonferenz vom 30.09.2008**

**Frau Fischer** verweist darauf, dass allen Ausschussmitgliedern das Protokoll zum Gespräch vom 06.11.2008 vorliege. Die nächste Zusammenkunft mit der

Schule ist für Februar 2009 vorgesehen. Die Schulleiterin der Karl-Foerster-Schule teilte heute mit, dass sich Schule und Hort geeinigt hätten, die Bibliothek in den Hortbereich zu verlagern. Demzufolge werde im kommenden Jahr noch 1 Klassenraum benötigt. Dazu gäbe es Gespräche mit dem Hortträger am Schulplatz. Die Toiletten im Schulhaus können auch von den Hortkindern genutzt werden.

**Herr Utting**, Vertreter der Schulkonferenz, hält es für sinnvoll, dass in Verantwortung der Verwaltung Gespräche mit dem Hort geführt wurden. Er hoffe auf eine positive Information im Februar. Mit diesen Voraussetzungen könne man im nächsten Schuljahr zunächst weiterarbeiten.

### zu 3.3 Information - Anträge Schulen in freier Trägerschaft

**Frau Ewers** teilt mit, dass das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport über die Antragslage Schulen in freier Trägerschaft zum Schuljahr 222009/10 informiert habe.

**Frau Schulze** möchte Antragsteller und Schulen benannt haben.

**Frau Ewers** benennt Antragsteller und Schulformen.

Antragsteller	Schulform
BIP Kreativzentrum gGmbH Berlin	Kreativgrundschule
KLAX gGmbH Potsdam	KLAX-Grundschule
ASG-Anerkannte Schulgesellschaft mbH Annaberg-Buchholz	Berufliches Gymnasium
URANIA-Schulhaus GmbH Potsdam	Schule für den zweiten Bildungsweg Sek.1

### zu 4 Sonstiges

**Herr Schröder** erklärt, dass die Verwaltung auf Wunsch von Herrn Menzel zum Bolzplatz Groß Glienicke informieren wollte. Da Herr Menzel die Sitzung schon verlassen habe, schlägt er vor, die Information in der nächsten Sitzung zu geben.

**Frau Schulze** verweist auf Probleme der Schulen bezüglich der Nachbesetzung von Lehrerstellen. Sie wünscht, Herrn Bogel-Meyhöfer zu bitten, in der nächsten Sitzung darüber zu berichten, inwieweit die Nachbesetzung von Lehrerstellen gesichert sei. Des weiteren habe sie einer Pressemitteilung entnommen, dass die Sportfördergruppe der Bundeswehr am Standort Potsdam aufgelöst werde. Sie möchte wissen, welche Auswirkungen diese Strukturveränderung für Potsdam habe, z. B. für die Sportvereine und finanziell.

**Frau Fischer** erklärt, dass die Nachbesetzung von Lehrerstellen nicht in die Verantwortung des Schulträgers falle Sie bittet darum, sich mit dieser Frage direkt an das Staatliche Schulamt Brandenburg an der Havel zu wenden. Der Leiter des Staatlichen Schulamtes habe mehrfach darauf verwiesen, dass Fragen, die den Zuständigkeitsbereich des Staatlichen Schulamtes betreffen, dort direkt gestellt werden sollten. Zur Auflösung der Sportfördergruppe der Bundeswehr könne die Verwaltung in der Januarsitzung berichten.

Michael Schröder  
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube  
Ausschussbetreuerin